



Sofort-Programm der Freien Demokraten

100-Tage-Maßnahmen für die Übernahme von Regierungsverantwortung in der kommenden Landesregierung

In den letzten beiden Jahren ist das reale Bruttoinlandsprodukt Baden-Württembergs geschrumpft, das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim attestiert Baden-Württemberg nurmehr Platz sieben im Ranking der Bundesländer, was die Attraktivität als Wirtschaftsstandort betrifft. Arbeitsplatzverluste bedrohen Existenzen, auch in Bildungsrankings steht das Land nicht gut da.

Erste Priorität der kommenden Landesregierung unter Beteiligung der Freien Demokraten muss deshalb die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und eine Stärkung der Wirtschaft sein. In den ersten 100 Tagen setzen wir deshalb folgende Maßnahmen um bzw. in Gang:

1. Entbürokratisierung und Deregulierung

Für einen kraftvollen Bürokratieabbau und die Lichtung des Regelungsdickicht beschließen wir folgendes als **Geschäftsgrundlage der kommenden bürgerlichen Landesregierung**:

1.1 Ablaufdaten für Gesetzgebung

Gesetze und Verordnungen erhalten überall dort, wo es sinnvoll und möglich ist, sog. Sunset-Klauseln, also Ablaufdaten, so dass diese automatisch auslaufen.

1.2 Das Once-Only-Prinzip einführen

Wir schaffen einen Zeitfresser für Bürger und Unternehmen ab. Daten, die der Staat schon kennt, sollen künftig nicht erneut abgefragt werden dürfen. Deshalb erheben wir das Once-Only-Prinzip zur Maxime und korrigieren im Einklang mit dem Datenschutz alle Fälle, in denen überflüssigerweise dieselben Daten mehrfach erhoben werden. Unser Ziel ist es, dem Staat zu verbieten, Dinge zu fragen, die er schon weiß.

1.3 Doppelt so viele Regeln abschaffen wie beschließen

Für jede neue Regelung müssen zwei andere Regeln weichen. Das stärkt nicht nur die Wirtschaft, insbesondere das Bauen und Wohnen machen wir für die Bürger damit günstiger. Das Prinzip „one in, two out“ fordern wir auch von Bund und EU ein.

1.4 Kein Gold-Plating

Das Land ist immer wieder gezwungen, Vorgaben aus Brüssel oder Berlin in Landesrecht umzusetzen. Die Übererfüllung von einschränkenden Vorgaben, Normen und Pflichten aus Berlin oder Brüssel im Landesrecht ist weder notwendig, noch wünschenswert. Sie ist hinderlich. Daran orientieren wir uns und erfüllen ausschließlich das geforderte Minimum, ergänzen oder verschärfen landesrechtlich nichts.



Neben diesen vier Prinzipien für künftiges Regieren beginnen wir noch in den ersten 100 Tagen, radikal Regeln zu streichen. So gehen wir dabei in den ersten 100 Tagen vor:

1.5 Ein Deregulierungsgremium einsetzen

In Argentinien kümmert sich ein eigenes Ministerium um die Lichtung des Bürokratiedschungels. Es überprüft Stück für Stück alle Regelungssachverhalte unter der Maxime der Vereinfachung auf Plausibilität und Notwendigkeit und schlägt Änderungen, Streichungen oder Behalten vor. Dieses Prinzip übernehmen wir und stellen jede einzelne Regel auf den Prüfstand. Ziel: Alles was nicht notwendig ist und Wachstum behindert streichen oder anpassen.

1.6 Sofort die von den Grünen blockierten Entlastungen in die Wege leiten

Als erste umzusetzende Maßnahmen, setzen wir alle Vorschläge des Normenkontrollrats sowie der Entlastungsallianz auf die Tagesordnung, die bislang von den Grünen blockiert wurden. So können sofort die ersten Entlastungen für Bürger und Wirtschaft umgesetzt werden.

1.7 Auf Abschaffung von Verbrenner-Verbot und Flottengrenzwerte hinwirken

Die aktuelle Regulierung von Technologien im Automobil von Brüssel aus trifft den Kernbereich der baden-württembergischen Wirtschaft. Deshalb adressieren wir noch in den ersten 100 Tagen die dringende Aufforderung an Brüssel und Berlin, dass sowohl das faktische Verbot von Verbrennungsmotoren im Automobil als auch die Festlegung von Flottengrenzwerten ersatzlos entfallen sollen.

1.8 Berichtspflichten streichen

Wir weisen das Statistische Landesamt an, von Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern abseits von gesundheits- oder sicherheitsrelevanten Bereichen keine Daten mehr zu erheben oder Berichte zu verlangen, die zu Aufwand bei den Unternehmen führen, auch wenn die entsprechende Berichtspflicht nicht auf Landesgesetzgebung beruht.

1.9 Klima-Planwirtschaft beenden

Das Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) passen wir so an, dass die überambitionierten, unwirksamen, aber teuren Belastungen für Bürger und Wirtschaft erheblich reduziert werden. Das Ziel der Klimaneutralität 2040 für Baden-Württemberg, das durch den europäischen Emissionshandel global gesehen exakt 0 Tonnen CO₂-Äquivalente einspart, ersetzen wir durch das Bundesziel 2045 und ermöglichen so den gleichen Effekt zu geringeren Kosten. Die planwirtschaftlichen Sektorziele schaffen wir ab.

2. Wirtschaft Marsch

Für die Wirtschaft ist Bürokratieabbau ein Schlüssel, aber es bedarf auch aktiver politischer Impulse. In den ersten 100 Tagen beschließen wir daher folgendes:

2.1 Den industriellen Kern stärken

Zentrales Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft sind die Auto- und Maschinenbauer sowie alle im Zulieferprozess beteiligten Unternehmen. Verbrennungsmotoren im Automobil betrachten wir als langfristigen Pfeiler unserer wirtschaftlichen Stärke und bekennen uns zu diesen. Neben dem Erhalt des Verbrennungsmotors wollen wir die baden-württembergische Wertschöpfung in den ersten 100 Tagen flankieren mit einem Ansiedlungs- und Innovationsprogramm für Start-ups und Unternehmen von Zukunftsbranchen, insbesondere aus Luft- und Raumfahrt, der Verteidigungsindustrie und der Medizintechnik. So wollen wir insbesondere auch Zulieferbetrieben aus der Automobilbranche aktiv weitere Geschäftsfelder am Standort erschließen, um den Kern unserer industriellen Stärke zu erhalten und zu erweitern.

2.2 Ein Meister ist genauso viel wie ein Master – Meisterprämie stärken

Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist hochgradig abhängig davon, dass nicht nur akademische Ausbildung stark ist. Wir unterstützen deshalb umgehend Handwerk, Industrie und Mittelstand mit einer Stärkung der Meisterprämie.



2.3 Forschung braucht Freiheit –

Baden-Württemberg braucht Innovation.

In den ersten 100 Tagen werden wir das Landeshochschulgesetz entbürokratisieren, Ausgründungen beschleunigen und die Hochschulautonomie stärken. Forschung und Innovation sind ein Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolges in Baden-Württemberg – sie dürfen nicht an Formularen scheitern.

2.4 Den Freihandel als Motor für die baden-württembergische Exportwirtschaft stärken

In den ersten 100 Tagen fordern wir von Berlin und Brüssel kraftvolle Anstrengungen für Freihandel ein, um die baden-württembergischen Exporte massiv zu steigern. Wir fordern die schnellstmögliche Umsetzung der Ankündigung, das Handelsabkommen zwischen dem MERCOSUR und der EU jedenfalls vorläufig in Kraft zu setzen, sowie die Implementierung und Stärkung von Handelsabkommen mit allen liberalen Demokratien weltweit, um Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu sichern, die auf dem Export von Gütern beruhen.

2.5 Infrastruktur stärken

Wir beginnen umgehend damit, die Voraussetzungen für eine Stärkung der Verkehrsinfrastruktur zu schaffen. Dafür planen wir bereits für den ersten Landeshaushalt der neuen Legislatur eine Erhöhung der Mittel für den Erhalt von Landesstraßen mit einem Schwerpunkt auf Brücken und Stützbauwerke ein.

3. Sofortmaßnahmen für die Bildung:

Dem Abstieg des Bildungsniveaus begegnen wir mit drei Sofortmaßnahmen:

3.1 Werkrealschule

Wir führen die Werkrealschule mit dem Ziel wieder ein, sie zur beruflichen Realschule weiterzuentwickeln.

3.2 Verbindliche Grundschulempfehlung

Um sicherzustellen, dass jedes Kind in die zum jeweiligen Entwicklungsstadium passende Schule gehen kann, machen wir die Grundschulempfehlung wieder für alle Schularten verbindlich.

3.3 Bildungsmilliarde

Wir werden eine Milliarde Euro aus der Baden-Württemberg-Stiftung entnehmen, um diese als „Bildungsmilliarde“ bereits im ersten Doppelhaushalt der kommenden Legislatur für die Zukunftsfähigkeit der Schulen einstellen zu können.



Dr. Hans-Ulrich Rülke Mdl

Fraktionsvorsitzender

T: 0711 2063-9001

hans-ulrich.ruelke@fdp.landtag-bw.de